

Art. 120 - Die Fristen gelten für Minderjährige, Entmündigte und andere Handlungsunfähige. Der Schiedshof kann den Verfall der Fristen ihnen gegenüber jedoch aufheben, wenn feststeht, dass ihre Vertretung vor Ablauf der Fristen nicht gewährleistet war.

Art. 121 - Die Kanzlei ist täglich geöffnet, außer samstags, sonntags und an gesetzlichen Feiertagen. Der König bestimmt die Öffnungszeiten.

Art. 122 - Der Schiedshof legt seine Geschäftsordnung fest. Er sorgt für ihre Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt*.

TITEL VI - Schlussbestimmungen

Art. 123 - § 1 - Die für die Arbeitsweise des Schiedshofes erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsplan der Dotationen eingetragen.

§ 2 - Die Königlichen Erlasse über den Schiedshof werden im Ministerrat beraten.

TITEL VII - Übergangsbestimmungen

Art. 124 - [...]

[Art. 124 aufgehoben durch Art. 28 des G. vom 9. März 2003 (B.S. vom 11. April 2003)]

[**Art. 124bis** - [...]]

[Früherer Artikel 124bis eingefügt durch Art. 68 des G. vom 16. Januar 1989 (B.S. vom 17. Januar 1989) und unnummeriert zu Art. 30bis durch Art. 10 des G. vom 9. März 2003 (B.S. vom 11. April 2003)]

Art. 125 - Die Ernennung der Referendare, die auf der Grundlage des Gesetzes vom 28. Juni 1983 über die Organisation, Zuständigkeit und Arbeitsweise des Schiedshofes angeworben worden sind, ist endgültig.

Art. 126 - Die Bestimmung des Artikels 41 Absatz 1 über den Besitz des Diploms eines Doktors oder Lizienten der Rechte ist nicht anwendbar auf die Greffiers, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes im Amt sind.

Art. 127 - Es werden aufgehoben:

1. im Gerichtsgesetzbuch:

a) in Artikel 1082 Absatz 2, abgeändert durch das Gesetz vom 10. Mai 1985, die Wörter "außer wenn die zweite Beschwerde ausschließlich die durch den Schiedshof erklärte Nichtigkeit der Bestimmung eines Gesetzes oder eines Dekretes, auf die die angefochtene Bestimmung gegründet ist, geltend macht",

b) Buch III Titel VIII und Artikel 1147bis, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Mai 1985,

2. Artikel 31bis der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat; eingefügt durch das Gesetz vom 10. Mai 1985,

3. das Gesetz vom 28. Juni 1983 über die Organisation, Zuständigkeit und Arbeitsweise des Schiedshofes, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Dezember 1983, mit Ausnahme der Artikel 31 bis 34 und 112,

4. Artikel 5 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 über das Gehalt der Mitglieder, Referendare und Greffiers des Schiedshofes, ihre Invorschlagbringung und Ernennung sowie die Beleidigungen und Gewalttätigkeiten gegen die Mitglieder dieses Gerichtshofes,

5. das Gesetz vom 10. Mai 1985 über die Wirkungen der durch den Schiedshof erlassenen Nichtigkeitsentscheide.

[**Art. 128** - Artikel 34 § 5 tritt spätestens ab der dritten Ernennung nach dem Inkrafttreten des Sondergesetzes vom 9. März 2003 zur Abänderung des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof in Kraft.]

[Art. 128 eingefügt durch Art. 29 des G. vom 9. März 2003 (B.S. vom 11. April 2003)]

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 448

[C - 2008/00093]

16 JUNI 2006. — Wet betreffende de gunning, informatie aan kandidaten en inschrijvers en wachttermijn inzake overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten. — Duitse vertaling

De respectievelijk in bijlagen 1 en 2 gevoegde teksten zijn de Duitse vertaling :

— van de wet van 16 juni 2006 betreffende de gunning, informatie aan kandidaten en inschrijvers en wachttermijn inzake overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten (*Belgisch Staatsblad* van 15 februari 2007);

— van de wet van 12 januari 2007 tot wijziging van de wet van 16 juni 2006 betreffende de gunning, informatie aan kandidaten en inschrijvers en wachttermijn inzake overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten (*Belgisch Staatsblad* van 15 februari 2007).

Deze vertalingen zijn opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling bij de Adjunct-arrondissementscommissaris in Malmedy in uitvoering van artikel 76 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij artikel 16 van de wet van 18 juli 1990 en gewijzigd bij artikel 6 van de wet van 21 april 2007.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 448

[C - 2008/00093]

16 JUIN 2006. — Loi relative à l'attribution, à l'information aux candidats et soumissionnaires et au délai d'attente concernant les marchés publics et certains marchés de travaux, de fournitures et de services. — Traduction allemande

Les textes figurant respectivement aux annexes 1^{re} et 2 constituent la traduction en langue allemande :

— de la loi du 16 juin 2006 relative à l'attribution, à l'information aux candidats et soumissionnaires et au délai d'attente concernant les marchés publics et certains marchés de travaux, de fournitures et de services (*Moniteur belge* du 15 février 2007);

— de la loi du 12 janvier 2007 modifiant la loi du 16 juin 2006 relative à l'attribution, à l'information aux candidats et soumissionnaires et au délai d'attente concernant les marchés publics et certains marchés de travaux, de fournitures et de services (*Moniteur belge* du 15 février 2007).

Ces traductions ont été établies par le Service central de traduction allemande auprès du Commissaire d'arrondissement adjoint à Malmedy en exécution de l'article 76 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, remplacé par l'article 16 de la loi du 18 juillet 1990 et modifié par l'article 6 de la loi du 21 avril 2007.

KAPITEL III — *Vergabe, Unterrichtung der Bewerber und Bieter und Wartefrist
im Rahmen von bestimmten Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen
im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung und im Bereich der Postdienste*

Art. 3 - § 1 - Bewerber und Bieter haben das Recht, über den Beschluss in Bezug auf ihren Teilnahmeantrag, ihr Angebot oder den Beschluss zur Nichtvergabe des Auftrags unterrichtet zu werden, der von dem in Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes über öffentliche Aufträge erwähnten Auftraggeber und dem in Artikel 72 des Gesetzes über öffentliche Aufträge erwähnten öffentlichen Unternehmen oder öffentlichen Auftraggeber gefasst worden ist. Für Aufträge unter bestimmten Werten kann der König Ausnahmen zu diesem Recht vorsehen.

Bestimmte Angaben dürfen nicht mitgeteilt werden, wenn ihre Offenlegung den Gesetzesvollzug behindern, dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen oder die berechtigten geschäftlichen Interessen öffentlicher oder privater Unternehmen oder den lautereren Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen würde.

§ 2 - Vor Auftragsvergabe hält der Auftraggeber und das öffentliche Unternehmen oder der öffentliche Auftraggeber, das beziehungsweise der in Artikel 72 des Gesetzes über öffentliche Aufträge erwähnt ist, eine Wartefrist ein. Während dieser Frist kann der Bieter, dem ein Schaden entstanden ist beziehungsweise zu entstehen droht, die Aussetzung der Auftragsvergabe beantragen, ohne dass ein schwer wiedergutzumachender ernsthafter Nachteil nachzuweisen ist. Bei rechtzeitiger Einreichung dieses Antrags wird die Wartefrist verlängert, damit das Aussetzungsverfahren stattfinden kann. Ist nach Ablauf dieser Verlängerung im Verfahren nicht entschieden worden, kann der Auftrag unverzüglich vergeben werden.

Der Antrag wird entweder gemäß dem in den koordinierten Gesetzen über den Staatsrat vorgesehenen entsprechenden Dringlichkeitsverfahren oder im Eilverfahren vor dem ordentlichen Richter eingereicht, wenn der Auftraggeber, das öffentliche Unternehmen oder der öffentliche Auftraggeber nicht der Gerichtsbarkeit des Staatsrates unterliegt. Die Entscheidung in Bezug auf den Antrag erfolgt auch unter der Abwägung des öffentlichen Interesses und der Interessen des Bieters.

Gemäß den diesbezüglichen europäischen Richtlinien bestimmt der König den Ausgangspunkt der Wartefrist, die annehmbare Frist und ihre eventuelle Verlängerung. Für bestimmte Arten Aufträge und Verfahren kann er Ausnahmen zu der Wartefrist vorsehen.

§ 3 - Ab Auftragsvergabe kann der Vertrag unbeschadet der Anwendung des vorliegenden Paragraphen nicht mehr aufgrund einer rechtswidrigen Vergabe vom Richter ausgesetzt beziehungsweise aufgehoben werden.

Bei einer Auftragsvergabe vor Ablauf der Wartefrist kann der Bieter, dem ein Schaden entstanden ist beziehungsweise zu entstehen droht, binnen dreißig Tagen ab dem Datum, an dem er die Auftragsvergabe zur Kenntnis genommen hat, die Aufhebung des Vertrags beim Präsidenten des zuständigen Gerichts beantragen, der wie im Eilverfahren entscheidet. Der Antrag muss gegen den Auftraggeber, das öffentliche Unternehmen oder den öffentlichen Auftraggeber, das beziehungsweise der in Artikel 72 des Gesetzes über öffentliche Aufträge erwähnt ist, und gegen den Auftragnehmer gerichtet werden.

Der Richter weist den Antrag ab:

1. wenn die Vergabe mit Ausnahme der Nichtbeachtung der Wartefrist offensichtlich ordnungsgemäß erfolgt ist,
2. wenn der betreffende Bieter offensichtlich nicht als Auftragnehmer in Betracht kommt.

Der Richter kann den Antrag abweisen, wenn der Auftrag zum Zeitpunkt der Verkündung bereits ganz oder teilweise ausgeführt ist.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 16. Juni 2006

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister
G. VERHOFSTADT

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz
Frau L. ONKELINX

Anlage 2

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

12. JANUAR 2007 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 16. Juni 2006 über die Vergabe, die Unterrichtung der Bewerber und Bieter und die Wartefrist im Rahmen von öffentlichen Aufträgen und bestimmten Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - In das Gesetz vom 16. Juni 2006 über die Vergabe, die Unterrichtung der Bewerber und Bieter und die Wartefrist im Rahmen von öffentlichen Aufträgen und bestimmten Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen wird ein Artikel 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 4 - Königliche Erlasse zur Ausführung des vorliegenden Gesetzes werden im Ministerrat beraten.»

Art. 3 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 5 - Der König legt das Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes fest, mit Ausnahme des vorliegenden Artikels, der am Tag der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft tritt.»

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 12. Januar 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister
G. VERHOFSTADT

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz
Frau L. ONKELINX

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

N. 2008 — 449

[C - 2008/03059]

25 JANUARI 2008. — Ministerieel besluit betreffende de uitgifte door de Belgische Staat van een lening genaamd « Lineaire obligaties 4 % - 28 maart 2018 »

De Minister van Financiën,

Gelet op de wet van 2 januari 1991 betreffende de markt van de effecten van de overheidsschuld en het monetair beleidsinstrumentarium, gewijzigd bij de wetten van 28 juli 1992, 4 april 1995, 15 juli 1998, 28 februari 2002, 15 december 2004 en 14 december 2005;

Gelet op de financiewet van 12 december 2007 voor het begrotingsjaar 2008, inzonderheid op artikel 18, § 1, 1°;

Gelet op het koninklijk besluit van 23 januari 1991 betreffende de effecten van de Staatsschuld, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 22 juli 1991, 10 februari 1993, 26 november 1998, 11 juni 2001, 5 maart 2006 en 26 april 2007;

Gelet op het koninklijk besluit van 16 oktober 1997 betreffende de lineaire obligaties, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 6 december 2000, 19 maart 2002 en van 26 maart 2004;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 januari 2008 dat de Minister van Financiën machtigt tot de voortzetting, in 2008, van de uitgifte van de leningen genaamd « Lineaire obligaties » en van de uitgifte van de leningen genaamd « Staatsbons », inzonderheid op artikel 1, 1);

Gelet op het ministerieel besluit van 12 december 2000 betreffende de algemene regels inzake de lineaire obligaties, gewijzigd bij de ministeriële besluiten van 22 maart 2002 en van 26 maart 2004,

Besluit :

Artikel 1. 1° In 2008 wordt een lening genaamd « Lineaire obligaties 4 % - 28 maart 2018 » uitgegeven.

2° De uitgiftedatum is 22 januari 2008.

3° De uitgifteprijs is vastgesteld op 98.030 % van de nominale waarde.

4° De eerste uitgifte van de lening gebeurt via syndicatie met vaste overname overeenkomstig de gebruiken van de markt.

5° De betaal- en leveringsdatum is 29 januari 2008.

Art. 2. Het uitgegeven kapitaal rent tegen 4 % per jaar vanaf 29 januari 2008.

De intrest is betaalbaar op 28 maart van de jaren 2008 tot 2018.

Art. 3. De lening is volledig terugbetaalbaar tegen pari op 28 maart 2018.

Art. 4. De verhandeling van het recht op het kapitaal en het recht op iedere intrestbetaling van de « Lineaire obligaties 4 % - 28 maart 2018 » als zelfstandige gedematerialiseerde effecten kan later gemachtigd worden.

Art. 5. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 22 januari 2008.

Brussel, 25 januari 2008.

D. REYNDERS

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2008 — 449

[C - 2008/03059]

25 JANVIER 2008. — Arrêté ministériel relatif à l'émission par l'Etat belge d'un emprunt dénommé « Obligations linéaires 4 % - 28 mars 2018 »

Le Ministre des Finances,

Vu la loi du 2 janvier 1991 concernant le marché des titres de la dette publique et les instruments de la politique monétaire, modifié par les lois des 28 juillet 1992, 4 avril 1995, 15 juillet 1998, 28 février 2002, 15 décembre 2004 et 14 décembre 2005;

Vu la loi de finances du 12 décembre 2007 pour l'année budgétaire 2008, notamment l'article 18, § 1^{er}, 1°;

Vu l'arrêté royal du 23 janvier 1991 relatif aux titres de la dette de l'Etat, modifié par les arrêtés royaux du 22 juillet 1991, 10 février 1993, 26 novembre 1998, 11 juin 2001, 5 mars 2006 et 26 avril 2007;

Vu l'arrêté royal du 16 octobre 1997 relatif aux obligations linéaires, modifié par les arrêtés royaux du 6 décembre 2000, du 19 mars 2002 et du 26 mars 2004;

Vu l'arrêté royal du 18 janvier 2008 autorisant le Ministre des Finances à poursuivre, en 2008, l'émission des emprunts dénommés « Obligations linéaires » et l'émission des emprunts dénommés « bons d'Etat », notamment l'article 1^{er}, 1);

Vu l'arrêté ministériel du 12 décembre 2000 relatif aux règles générales concernant les obligations linéaires, modifié par les arrêtés ministériels du 22 mars 2002 et du 26 mars 2004,

Arrête :

Article 1^{er}. 1° Il est émis, en 2008, un emprunt dénommé « Obligations linéaires 4 % - 28 mars 2018 ».

2° La date d'émission est le 22 janvier 2008.

3° Le prix d'émission est fixé à 98.030 % de la valeur nominale.

4° La première émission de l'emprunt a lieu par voie de syndication avec prise ferme, conformément aux usages du marché.

5° La date du paiement et de la livraison est le 29 janvier 2008.

Art. 2. Le capital émis porte intérêt au taux de 4 % l'an à partir du 29 janvier 2008.

Les intérêts sont payables le 28 mars des années 2008 à 2018.

Art. 3. L'emprunt est entièrement remboursable au pair le 28 mars 2018.

Art. 4. La négociation du droit au capital et du droit à chacun des paiements d'intérêts des « Obligations linéaires 4 % - 28 mars 2018 » en tant que titres dématérialisés autonomes pourra être autorisée ultérieurement.

Art. 5. Le présent arrêté produit ses effets le 22 janvier 2008.

Bruxelles, le 25 janvier 2008.

D. REYNDERS